

Prime News

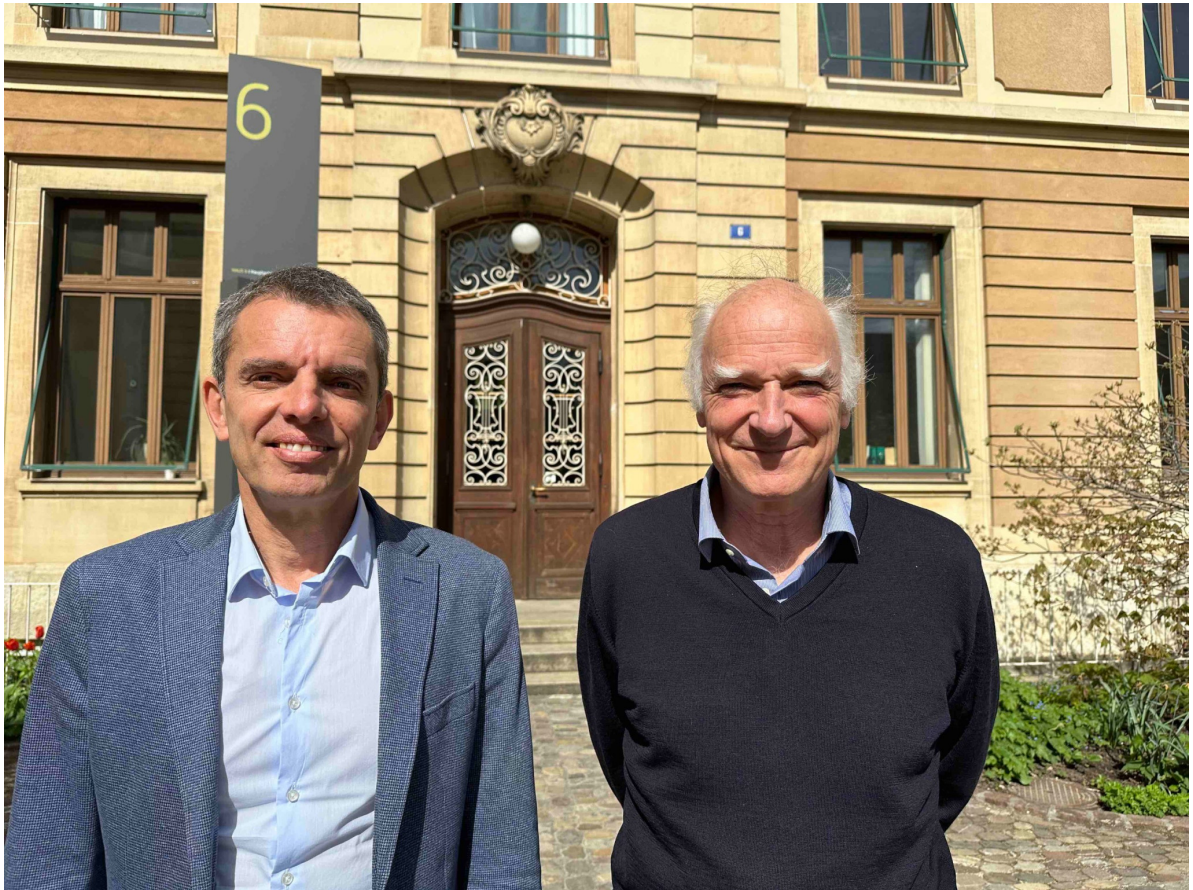


18.04.2024 Kultur ⌚ 10 Minuten Lesedauer

«1'000 Basler Schulkinder warten auf Musik-Unterricht»

Wer in Basel sein Kind in den Klavierunterricht schicken will, muss jahrelang warten. Schuld ist die Musikschul-Politik der Regierung.

von Claude Bühler



Musikschulleiter Thomas Waldner und Präsident des Akademierates Thomas Christ auf dem Gelände von Musikschule und Musikakademie. Bild: Claude Bühler

Nennen wir ihn Klaus Müller. Kürzlich nahm der Kulturinteressierte an einer Gruppen-Begehung der Musik-Akademie teil. Die Anlage am Leonhardsgraben mit ihrer 150-jährigen Geschichte gehört zum Stolz der Kulturstadt Basel. Seit Jahrzehnten lockt sie internationale Weltprominenz, etwa zu Meisterklassen, an das Rheinknie.

Als beispielhaft in der Fachwelt gilt, dass die Akademie zur Berufsausbildung und die Musikschule für die Breitenförderung bei Kindern und Jugendlichen an einem Ort zusammenkommen. Dies ermöglicht starke Synergie-Effekte im Unterricht und bei der Infrastruktur. Über 1'000 öffentliche Konzerte und Veranstaltungen finden jährlich statt. Alles ideal also, zumal auch Unterricht für ein normales Haushaltsbudget angeboten wird.

Umso bestürzender jedoch der Eindruck Klaus Müllers und die Aussagen während der Führung, die er der Redaktion von Prime News mitteilte. Auszüge:

- Viele Gebäude des Campus «Musik-Akademie» sind in einem desolaten Zustand und müssten komplett saniert werden.
- Zurzeit bestehe eine Warteliste von 1'700 Kindern aus Basel, die auf Unterricht warteten.

- Im Rahmen des letzten Anstiegs der Energiekosten wurde wegen der knappen Finanzen eine Anzahl von Unterrichtsstunden abgebaut, um die Kosten stemmen zu können. Dies sei auch auf dem Buckel von Lehrpersonen erfolgt; ihnen wurde das Pensum verringert.
- Die Regierung, insbesondere der zuständige Erziehungsdirektor Conradin Cramer, hätten sich bei der Problemlösung bislang «vornehm» zurückgehalten.

Müller schreibt: «Ein Skandal für diese Stadt. Und die Politik schaut scheinbar teilnahmslos zu.»

Tut sie nicht. Aber sie scheitert am Widerstand der Regierung, der Musikschule verbindlich ein öffentliches Auftragsverhältnis mit den notwendigen Mitteln zu geben. Dass alle vier Jahre ein Staatsbeitrag neu beantragt werden muss, erschwert die Planungssicherheit auf Jahre hinaus. Und er reicht nicht, um die «chronisch unterfinanzierte» Musikschule so zu betreiben, dass sie für «alle Einkommensklassen unserer Gesellschaft eine Breitenwirkung entfaltet».

Klavier-Unterricht: Bis zu vier Jahren warten

Diese Aussagen und Zitate stammen aus einer öffentlichen Rede von Thomas Christ, Präsident des zuständigen Akademierates, anlässlich der Jahresfeier der Musik-Akademie Basel im März 2024. Es ist also nicht so, dass die Musikschule mit ihrer Not hinter dem Berg hielte. Es hat Vorstösse im Parlament gegeben und Berichte in den Medien. Bis jetzt vermied man den lauten Ton.

Aber die «Probleme», also auch: das Seilziehen, bestehen trotz vielen Gesprächen seit Jahrzehnten. Man begegne der Regierung mit «freundlicher Festigkeit», erläutert Christ, als er und Musikschulleiter Thomas Waldner Prime News empfangen.

Gerade jetzt befindet man sich wieder in den Verhandlungen für die Jahre 2025 bis 2028. Christ und Waldner schicken voraus: Man will nicht über die Hochschule für Musik reden, denn diese ist Teil der Fachhochschule Nordwestschweiz. Auch nicht über die notwendige Sanierung und den Neubau, deren Finanzierung aus öffentlicher und privater Hand geplant ist, das sei noch nicht spruchreif.

Was die beiden Männer jetzt besorgt, ist die Musikschule, quasi der «Breitensport» der musikalischen Bildung in Basel. Die Warteliste enthalte sage und schreibe 1'700 Namen. «Wenn wir sie bereinigen nach wirklich aktuellem Interesse, bleiben 1'000 Schulkinder, die unfreiwillig auf Unterricht warten», so Waldner.

Prekär ist der Zustand vor allem beim Gitarre-, Schlaginstrumente und Klavier-Unterricht mit Wartefristen um zwei bis vier Jahren – eine Auskunft, die auch die Basler Regierung im

letzten Juli auf einen Vorstoss von GLP-Grossrat Johannes Sieber erteilte.

Regierung: «Je nach Persönlichkeit Sport sinnvoller»

Lange Wartezeiten im Klavierunterricht gibt es aktuell auch bei der Musikwerkstatt. Wer also mit absehbaren Fristen in Basel klassische Grundausbildung auf dem Tasteninstrument erhalten will, braucht Eltern mit gutem Einkommen und Vermögen oder Gönner für den privaten Unterricht.

Demgegenüber kann die Musikschule den Eltern, die den Normaltarif von 876 Franken (Wohnort Basel-Stadt, sonst höher) pro Semester und einer Wochenlektion à 50 Minuten nicht stemmen können, mit einem Sozialbeitrag entgegenkommen.

1'000 Namen, das ist viel bei einer Gesamtzahl von 4'000 Schulkindern, die derzeit an der Musikschule von 180 Lehrkräften unterrichtet werden. «Wir müssen angesichts der Lage die Frage aufwerfen, ob in Basel-Stadt die musikalische Bildung Teil der Allgemeinbildung ist», betont Thomas Waldner. «Dabei ist doch unbestritten, dass eine Musikausbildung von höchstem Wert für die Lern- und Sozialkompetenz ist und eigentlich jedem Menschen zu Teil werden sollte, der dies wünscht», wirft Thomas Christ ein.

Solche Maximen sind längst in der Schweizer Bildungspolitik angekommen. Seit 2012 steht ein eigentlicher Förderauftrag, angenommen durch das Stimmvolk, in der Bundesverfassung: Bund und Kantone müssen «die musikalische Bildung fördern, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.»

Dennoch antwortete die Basler Regierung bezüglich der Wartezeiten auf den Vorstoss Siebers, die Regierung sei überzeugt, «dass musische Bildung auch in anderen musischen Bereichen als die der Musik» erfolgen und «je nach Persönlichkeit auch sinnvoller sein könnte». Die Regierung empfiehlt als Alternativen: Sprachen, Kultur, Kunst, Sport.

Event



Weinfestival: 150 Jahre Siebe Dupf Kellerei

Vom 26. bis 28. April feiert der Baselbieter Weinhändler sein Jubiläum: Mit Degustation, Festzelt und Wein-Aktion.

Wegen finanziellem Engpass: Lektionen wurden abgebaut

Gleichwohl scheint die Frage «rund um die Wartezeiten» die Regierung zu beschäftigen. Das zuständige Erziehungsdepartement wolle sie im Rahmen der anstehenden Verhandlungen für die Beitragsperiode 2025–2028 «aufnehmen», heisst es in ihrer Antwort zum Vorstoss Siebers'.

Der Grund für diese Wartezeiten liegt laut der Musikschule in den engen finanziellen Verhältnissen. Diese Einschätzung wird vom Regierungsrat indirekt bestätigt, wenn er schreibt, mit der Staatsbeitragserhöhung 2021–2024 habe die Situation bezüglich der Wartelisten «entspannt werden können».

Grossrat Johannes Sieber will auf Anfrage die Situation nicht länger akzeptieren. Gegenüber Prime News kündigt er einen verbindlicheren Vorstoss an.

Der Kanton zahlt derzeit knapp 14 Millionen Franken pro Jahr. «Wobei der Staat bezüglich unseres Instituts ja von diversen Side-Effects profitiert. Stiftungen stellen etwa die Immobilien, finanzieren Stipendien und bezahlen neue Instrumente oder deren Instandhaltung», sagt Christ. Rund sechs Millionen Franken kommen durch die Elterngelder zusammen. «Um die Kosten für den Musikunterricht erschwinglich zu halten, möchten wir die Schulgelder möglichst nicht erhöhen», führt Waldner aus.

Vor kurzem wurde es nötig, weil man kaum Polster habe: Die Tarife wurden wegen der höheren Energiepreise um dreieinhalb Prozent angehoben. Zudem wurden 70 Unterrichtsstunden abgebaut, was vereinzelt die Pensen und die Lohnbeutel von Lehrkräften empfindlich traf. «Das war schwierig zu kommunizieren – da ja das Interesse an Musikunterricht von Kindern und Eltern nach wie vor hoch ist», führt Waldner aus.

Die finanziellen Verhältnisse schlagen sich aber auch bei den Anstellungen nieder. «Bei den Löhnen für die Lehrkräfte sind wir im interkantonalen Vergleich attraktiv», so Waldner. Wobei «attraktiv» 88'000 Franken Jahreslohn (Anfangslohn) bei einem 100 Prozentpensum heisst – dennoch ist das klar weniger als bei anderen Lehrkräften mit Allgemeinfächern im Kanton. «Zudem haben unsere Lehrkräfte schlechtere Pensionskassenbedingungen», ergänzt Christ.

Personal: Musikschule nicht konkurrenzfähig

Ein gröberes Problem hat die Musikschule jedoch beim administrativen Personal. Hier liege man teilweise 30 Prozent unter dem Normalniveau, was auch schon zu Absagen führte. «Hier spielt mit, dass wir strukturell bei der Digitalisierung im Rückstand sind, was die Finanzen zusätzlich belasten wird und entsprechendes Personal nötig macht», erläutert Christ.

Zudem erleichtere der Sachverhalt, dass man alle vier Jahre neu den Staatsbeitrag beantragen müsse, die Personalsuche nicht. Man könne nicht in jedem Falle eine sichere Anstellung anbieten. «Dabei lebt unsere Schule mit einem Planungshorizont von 20 Jahren», betont Waldner.

Gegenwärtig begegnet man den Engpässen grundsätzlich mit Sparen. «Tatsächlich sind uns bezüglich weiterer Einkünfte die Hände gebunden. Wenn wir ein neues Instrument brauchen oder Forschungsprojekte lancieren wollen, so können wir uns an zugewandte Stiftungen wenden. Aber strukturelle Kosten wie Löhne übernehmen Stiftungen oder Sponsoren nie», erläutert Waldner.

Atici: Anderer Blick auf die Breitenförderung?

Die Lösung sehen Christ und Waldner in einem Musikschulgesetz. Tatsächlich stehen die Kantone Basel-Stadt und Jura schweizweit allein ohne ein solches Gesetz da. Die Musikschule hätte so nicht mehr den Status einer Privatschule. Das Erziehungsdepartement bereitet demgegenüber eine Revision der kantonalen Bildungsgesetzgebung vor. Eine Verabschiedung durch den Grossen Rat respektive ein Inkrafttreten sei nicht vor Beginn des Schuljahres 2026/2027 zu erwarten, heisst es auf Anfrage.

Welches Gesetz auch zur Anwendung kommt, die Regierung schreibt, «dass Rechtssicherheit nicht mit umfassender Finanzierungssicherheit gleichzusetzen ist». Ganz anders also als der Nachbarkanton Baselland, der die Musikschule verstaatlicht hat und sie auf gleicher Ebene wie eine Primarschule führt.

Davon will die Basler Regierung bis jetzt nichts wissen: Eine Verstaatlichung passe etwa nicht damit zusammen, wie die Basler Institutionen historisch gewachsen seien. Oder wie erwähnt: Musik taue nicht allein für die musische Bildung.

Möglich, dass diese Beurteilung mit dem Wechsel im zuständigen Erziehungsdepartement vom Liberalen Conradin Cramer auf den Sozialdemokraten Mustafa Atici, gerade auch mit Blick auf die Breitenförderung mit einem für alle zahlbaren Musikunterricht, einen anderen Akzent erhält.

Soviel ist sicher: Der eingangs erwähnte Klaus Müller hat seinen Musikschul-Bericht auch an die beiden Regierungsrats-Kandidaten Luca Urgese und Mustafa Atici geschickt.